## 869 wollen Posten retten

Polizei-Schließung 67 Prozent der Wahlberechtigten haben ihre Unterschrift gegen die Posten-Zusammenlegung abgegeben. U.B.L kritisiert, dass die Petition viel zu spät komme.

Von Veronika Löwenstein

GROSSMUGL | Die Telefone zwischen Großmugl und dem Innenministerium liefen letzte Woche heiß. Nach der Ankündigung, dass die Polizeiinspektion Großmugl Mitte des Jahres geschlossen wird und die Beamten künftig von Hausleiten ihren Dienst versehen werden, pocht Bürgermeister Karl Lehner (ÖVP) auf einen Termin mit Innenministerin Iohanna Mikl-Leitner. "Ich habe einen ordentlichen Wirbel gemacht", erzählt Lehner, "ich will einen persönlichen Termin mit der Ministerin. nicht mit der Nummer zwei!"

Als Argument hat der Ortschef auch einen ganzen Packen Unterschriften im Gepäck. Allein bis diesen Montag haben 869 Großmugler gegen die Postenschließung unterschrieben, und das bei 1.300 Wahlberechtigten. Und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht, ist sich Lehner sicher, "da kommen noch Unterschriften!" Zu kämpfen hat Lehner aber auch an anderer Front, denn die Unabhängige Bürgerliste (U.B.L.) wirft ihm vor, schon länger von den Schließungsplänen gewusst zu haben. "Es hat laut Pressebe- wenn man nichts tut, hat man

richten schon im vorigen Sommer ein Gespräch des Bürgermeisters mit der Ministerin gegeben", sagt U.B.L.-Gemeinderat Helmut Seibert. "Der angesprochene Zeithorizont von zwei Jahren hätte die Alarmglocken schrillen lassen müssen", findet der U.B.L.-Mandatar, "er hätte den Gemeinderat informieren müssen, damit die Gemeinde zeitgerecht Alternativen ausarbeiten hätte können." Nichtsdestotrotz werde die U.B.L. die Petition unterstützen, betont Seibert, "auch wenn sie viel zu spät kommt".

Lehner bestätigt ein Gespräch mit der Innenministerin bei der Eröffnung der renovierten Polizeiinspektion in Hausleiten über eine mögliche Schließung. "Sie hat mir versprochen, dass das in den nächsten Jahren kein Thema ist. Diese Jahre haben aber jetzt nur ein halbes Jahr gedauert", ist er enttäuscht. Aus diesem Grund suche er aber das Gespräch mit der Ministerin, so Lehner. Immerhin gibt es seit 1850 einen ständig besetzten Polizeiposten in Großmugl. "Manche glauben vielleicht, dass ein Kampf um die Inspektion nicht viel Sinn macht, aber



Ein Polizeistützpunkt ist für Seibert keine Lösung, sondern eine "Alibiaktion". Foto: privat

schon verloren. Man darf sich nicht alles gefallen lassen", meint Lehner. Sorgen macht ihm auch die Anfahrt von Großmugl nach Hausleiten, führt doch der Weg ausschließlich über Ortschaften und Landstraßen. "Wir haben 130 bis 150 Wildunfälle pro Jahr. Wo fahren die Leute zur Meldung dann

hin?", fragt Lehner, "die sind gerade am Weg zur Arbeit und müssen dann 20 Minuten zum Posten nach Hausleiten fahren ...?"

Offen ist für Lehner auch noch die Frage, wer bei Einrichtung eines sogenannten Polizei-Stützpunkts (z.B. am Gemeindeamt) die Kosten für die technische Ausstattung übernimmt. "Am Anfang hieß es, dass das die Gemeinden zahlen müssen", schüttelt Lehner den Kopf. Ein Stützpunkt ist für Seibert keine Alternative, sondern eine "Alibiaktion". "Wenn es sich an den Renovierungskosten spießt, sollte die Gemeinde Alternativen anbieten", schlägt er für die Postenrettung vor.

